

Die Sorgen der Regierung Wilson

I

Im Oktober 1964 hatte die Labour Party bei den Wahlen in Großbritannien knapp gesiegt und mit einer kleinen Mehrheit die Regierung übernommen; im März 1966 folgte ein entschiedener Sieg mit einer Parlamentsmehrheit von fast hundert Stimmen, die der Regierung Wilson ein ruhiges Regieren hätte ermöglichen sollen. Es ist anders gekommen. Nahezu unmittelbar seit dem Zeitpunkt ihres großen Wahlsiegs befindet sich die Regierung Wilson in dauernden Schwierigkeiten. Ihre Popularität hat zunehmend abgenommen, was sich bei Nachwahlen und lokalen Wahlen oft katastrophal auswirkte. In letzter Zeit hat sich die Situation ein klein wenig gebessert, doch ist die große Wende noch nicht gekommen, die ein sozialistisches Weiterregieren nach den nächsten 1970 oder 1971 fälligen Wahlen sichern sollte. Um die Entwicklung zu erklären, wollen wir einen Blick auf die Probleme werfen, mit denen die Regierung zu ringen hat.

Da steht in erster Linie der *Konflikt mit der Gewerkschaftsbewegung*, eine Sache, die ohne Vorbild in einem Lande ist, in dem sich die Gewerkschaften, oder doch die wichtigsten von ihnen, offen zur Labour Party bekennen, die ja ihr Kind, ihre Schöpfung ist. Der eigentliche Konflikt begann im Sommer 1966. Damals befand sich die Wirtschaft des Landes in einer bedrohlichen Lage, und die Regierung Wilson glaubte, ihrer nur mit ganz drastischen Mitteln Herr werden zu können. Es kam zu der gesetzlichen Verfügung, die für sechs Monate alle Lohn-, Gehalts-, Dividenden- und Preiserhöhungen untersagte. Es gab natürlich heftige Opposition gegen einen solchen bisher nicht dagewesenen Schritt, aber am Gewerkschaftskongreß des Jahres 1966 hat schließlich der Glaube, man müsse der eigenen Regierung helfen, über alle Bedenken gesiegt.

Der Lohnstopp gehört längst der Vergangenheit an und wurde durch wesentlich weniger einschneidende Vorschriften ersetzt, aber die Erinnerung daran ist zurückgeblieben, und in den gewerkschaftlichen Reihen hat sich die Unlust vermehrt, irgendetwas hinzunehmen, was das Recht zu kollektiven Lohnverhandlungen einengt. So kam es am Gewerkschaftskongreß 1967 zu dem Beschluß, der eine weit mildere Lohn- und Preispolitik verwarf.

Der heutige Rechtszustand besteht in einer Ermächtigung an die Regierung, Lohn- und Preiserhöhungen bis zu einem Jahr aufzuschieben. Es geschieht dies durch Verweisung der Erhöhungsabsicht an die „Preis- und Lohninstanz“, eine von Arbeitnehmern und

Arbeitgebern beschickte und von der Regierung eingesetzte Körperschaft, die auf Ersuchen der Regierung in den einzelnen Fällen Gutachten abgibt. Diese Gutachten werden zwar sehr beachtet, sie sind aber für die Sozialpartner nicht verbindlich. Freilich besteht die Pflicht, mit Erhöhungen zu warten, bis diese Instanz gesprochen hat. Außerdem hat die Regierung den Grundsatz verkündet, daß Erhöhungen jeder Art ein Ausmaß von 3,5 vH im Jahr nicht überschreiten mögen. Das ist aber wieder nur ein Leitgedanke, der nicht unbedingt respektiert werden muß und nicht gilt, wenn durch einen Kollektivvertrag größere Gewinne in Produktivität vorausgesehen werden.

Da die Problematik in den Reihen der Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren schon gründlich durchdiskutiert worden war, konnte die diesem Gegenstand gewidmete und ihn beherrschende Aussprache auf dem Gewerkschaftskongreß von 1968 kaum irgendwelche neue Gedanken bringen. Die Debatte — eine sehr akademische, ruhig vor sich gehende Auseinandersetzung — unterschied sich von denen der Vorjahre nur dadurch, daß diesmal weniger Verteidiger der Regierungslinie auftraten als früher. Das Ergebnis war denn auch — weit ausgeprägter als 1967 — eine Abstimmung im Verhältnis 7:1 zugunsten eines Antrags, der in dürren Worten die Regierung Wilson auffordert, das bestehende Lohn- und Preisgesetz zu widerrufen.

Dabei zeigte der Gewerkschaftskongreß auch keine große Lust, daß der Gewerkschaftsbund die bisher geübte Beratung der angeschlossenen Verbände weiterführt, bei der eine gewisse Einheitlichkeit in Lohnforderungen und eine gewisse freiwillige Zurückhaltung erzielt werden soll. Obwohl angesichts der Autonomie der einzelnen Verbände eine solche Vermittlungstätigkeit keinen obligatorischen Charakter haben kann, hat sie sich doch in den abgelaufenen Jahren ziemlich bewährt. Der Antrag, sie fortzusetzen wie bisher, wurde nur mit einer Mehrheit von 34 000 Stimmen (bei einem Gesamtmitgliederstand von 8,7 Millionen) angenommen. Das ermöglicht zwar immer noch die Weiterführung, deutet aber auf eine mangelnde Begeisterung dafür hin.

Die Politik der Labourregierung auf diesem Gebiet war also nun vom Gewerkschaftskongreß schon zum zweitenmal verworfen worden. Härter traf aber die Regierung Wilson die Tatsache, daß sich das gleiche Ergebnis einen Monat später beim *Parteitag der Labour Party* ergab. Im Vorjahr hatten es die oppositionellen Gewerkschaften bei einem negativen Votum am Gewerkschaftskongreß bewenden lassen. Einige von ihnen hatten empfunden, daß damit genug getan worden war, und so ging die Lohn- und Preispolitik der Labourregierung auf dem vorjährigen Labourparteitag durch, obwohl dort die Gewerkschaften 5 der 6 Millionen Stimmen stellen. Anders war es 1968. In einem Verhältnis von fast 5:1 wurde die bestehende Gesetzgebung im Lohn- und Preissektor verworfen, ihr Widerruf verlangt und zugleich die Forderung ausgesprochen, daß nach Ablauf der Geltung des gegenwärtigen Gesetzes keine gesetzliche Einschränkung der Vertragsfreiheit mehr Platz greifen solle. Es geschah zum überhaupt erstmalig, daß die Parteiführung in einer grundsätzlichen Frage mit einem so eindeutigen Stimmenverhältnis geschlagen wurde. Als Pflaster auf die Wunde nahm der Parteitag dann einen Antrag an, der der Labourregierung das Vertrauen ausspricht und sie der weiteren Unterstützung versichert, aber auf Drängen des Präsidenten der Maschinenbauer (A.E.F.) *Hugh Scanlon* mit der bezeichnenden Einschränkung, daß das nur im Rahmen der Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses gelte.

Harold Wilson erklärte sofort, daß die Regierung ihre Abstimmungsniederlage auf beiden Kongressen als eine ernste Warnung, aber nicht als eine Instruktion annehme. Aber auch wenn die Regierung es für ihre Pflicht dem Lande gegenüber hält, das Abstimmungsergebnis zu ignorieren, besteht doch kein Zweifel darüber, daß eine solche Abstimmung dem Prestige der Regierung höchst abträglich ist. Andererseits war es ganz ausgeschlossen, daß die Regierung nun die ganze Apparatur ihrer Lohn- und Preispolitik zerschlägt. Die Situation zwingt sie dazu, auf dem eingeschlagenen Pfad weiterzugehen

— die wirtschaftliche Lage Großbritanniens ist, wiewohl sie sich etwas gebessert hat, immer noch ernst; der von der vorjährigen Abwertung des Pfundes erwartete große Auftrieb der Ausfuhr hat sich bisher noch nicht eingestellt.

Natürlich ist das bisherige Ergebnis der Arbeit der Regierung Wilson nicht vollkommen negativ. Harold Wilson konnte unter dem Jubel des ganzen Parteitages eine große Zahl von Erfolgen auf allen Gebieten, im Bereich der Sozialpolitik, des Wohnungsbaus, der Schulpolitik usw. feststellen. Aber die Ungunst der Verhältnisse haben es der Regierung verwehrt, die beabsichtigte kühne Planung einer modernen Industriegesellschaft zu verwirklichen.

II

Zu den Tagessorgen der Regierung gehören auch *Schwierigkeiten in Nordirland*, über die einiges gesagt sei, weil der verwickelten Problematik dieses Gebietes im Ausland nicht viel Verständnis entgegengebracht wird. Die Welt horcht erstaunt auf, wenn sie plötzlich hört, daß in einem Land, das im britischen Unterhaus vertreten ist, rassische Diskrimination im weitesten Umfang besteht.

Nordirland ist eine Welt für sich, deren Schwierigkeiten nicht leicht zu verstehen sind. Es entstand nach dem ersten Weltkrieg, als Irland sich seine Unabhängigkeit erkämpfte und die Bewohner Nordirlands, die in der Mehrheit Schotten und Protestanten sind, sich mit Erfolg dagegen wehrten, in den damaligen Irischen Freistaat eingegliedert zu werden. Nordirland hat zwar eine eigene Regierung und einen Landtag, aber in Dublin erkennt man das nicht an und spricht nur von den „sieben Grafschaften“, die durch eine illegale britische Besetzung daran gehindert werden, sich Irland anzuschließen. Das ist natürlich Unsinn; die Mehrheit der nordirischen Bevölkerung will tatsächlich nichts von einem Aufgehen in der Republik Irland wissen, in der die irischen Katholiken dominieren und Protestanten diskriminiert werden. Aber diese Abneigung, sich Irland anzuschließen, nimmt manchmal groteske Formen an — sie äußert sich z. B. in einer Diskriminierung der in Nordirland lebenden irischen Katholiken, die als „fünfte Kolonne“ Dublins argwöhnisch betrachtet werden.

Das Verhältnis der Protestanten zu den Katholiken ist bei insgesamt etwa 1,5 Millionen Einwohnern in Nordirland ungefähr 2:1, aber das Land wird vollkommen von der protestantischen Mehrheit beherrscht, die sich auch im lokalen Maßstab dort an der Macht erhält, wo sie in der Minderheit ist. Das ist in der Stadt *Londonderry* der Fall, die zu zwei Dritteln von Katholiken und zu einem Drittel von Protestanten bewohnt wird. Mit einem ausgeklügelten System von Wahlgeometrie hat man es aber durchgesetzt, daß die Gemeindeverwaltung ganz in den Händen der protestantischen Schotten ist! Mit Demokratie hat das wenig oder nichts zu tun. Bei Parlamentswahlen kann jeder wählen, der die normalen Voraussetzungen erfüllt, bei Stadtverwaltungswahlen aber nur jemand, der Haushaltsvorstand ist — eine ganz unzeitgemäße Einschränkung. Man tut nun alles dazu, damit Katholiken womöglich nicht Haushaltsvorstand werden können, z. B. dadurch, daß man sie bei der Zuteilung von neugebauten Gemeindehäusern benachteiligt. Für einen Katholiken ist es schwer, ein Haus zu bekommen, auch wenn er alle Vorbedingungen erfüllt. Nicht weniger ernst sind die Beschwerden, daß Katholiken von der in Nordirland sehr hohen Arbeitslosigkeit weit schwerer betroffen sind als Protestanten. Aus der Empörung daraus, als zweitrangige Bürger behandelt zu werden, sind die Demonstrationen der Iren in Londonderry entstanden, die von der Polizei mit unglaublicher Brutalität niedergeschlagen wurden.

Bei dieser Gelegenheit wurde der irisch-republikanische Labour-Abgeordnete im Londoner Parlament *Fitt* von der Polizei verletzt, und das lenkt die Aufmerksamkeit auf eine weitere nordirische Besonderheit: Im Land gibt es zwei Arbeiterparteien, die

einander spinnefeind sind, die nordirische Labour Party, die mit der britischen Labour Party zusammenarbeitet, und die irisch-republikanische Labour Party, die ihre eigenen Wege geht.

Der Außenseiter wird fragen, wie eine sozialistische Regierung in London solche ungerechten Zustände in Nordirland dulden kann. Die Antwort ist, daß sie fast gar keine Einwirkungsmöglichkeiten hat, da ein Gesetz aus dem Jahre 1920 Nordirland vollkommene innere Autonomie und Polizeihöhe gegeben hat — der britische Innenminister kann Klagen gegen die nordirische Polizei nicht untersuchen. Um dennoch das möglichste zu tun, hat Harold Wilson den nordirischen Premierminister *Terence O'Neill* zu einer Unterredung eingeladen, die aber kaum einen vollkommenen Wandel bringen dürfte. Nordirland wird reaktionär regiert wie die Republik Irland auch, und alles wird immer wieder mit der Furcht vor der Eingliederung in Irland bemäntelt. Der gegenwärtige Premierminister O'Neill ist aber seinen Amtskollegen etwas voraus, er bemüht sich ehrlich um eine Verständigung zwischen den beiden Völkern und Religionen. Er hat auch freundschaftlichere Beziehungen zu Dublin hergestellt, was vor kurzem noch ein Tabu war. O'Neill, ein protestantischer Schotte, wird deswegen von einer Gruppe protestantischer Extremisten bitter angefeindet, deren ganze Philosophie in der Aufforderung besteht „Gebt dem Papst einen Fußtritt!“. In dieser künstlich überhitzten Atmosphäre ist es natürlich schwer, Verständigungspolitik zu leisten. Aber vielleicht wird der Druck der Weltöffentlichkeit nach den Unruhen in Londonderry dazu beitragen, daß die unzweifelhaft bestehende Diskriminierung der Katholiken zwar nicht über Nacht abgeschafft, aber doch immer mehr und mehr gelindert wird.

III

Die schwerste der zahlreichen Sorgen, die das Leben der Labourregierung bedrängen, betrifft *Rhodesien*, das von 4 Millionen Neger und 200 000 Weißen bewohnt wird, in dem aber nur die Weißen regieren. 1965 hat der rassistische Premierminister dieser britischen Kolonie *Jan Smith* eigenmächtig und ohne jede Verständigung mit der großen Bevölkerungsmehrheit die Selbständigkeit Rhodesiens ausgerufen. Kein einziger Staat, nicht einmal Südafrika, hat diese Selbständigkeit anerkannt. Harold Wilson hat es für unmöglich erklärt, Waffengewalt gegen das Rebellenregime einzusetzen, weil dadurch ein fürchterliches Blutbad in Afrika hervorgerufen würde. Er glaubte, durch Sanktionen Smith auf die Knie zwingen zu können. Die Sanktionen haben die rhodesische Wirtschaft schwer in Mitleidenschaft gezogen, aber ihren Zweck verfehlt, das Regime Smith zu stürzen. Von der Losung, die Wilson ursprünglich ausgegeben hat, daß es mit dem Rebellenregime kein Verhandeln gebe, ist er selbst schon lange abgekommen. Der Hauptgrund ist, daß man befürchtet, Smith könnte, wenn man ihn ganz isoliert, in Rhodesien ein Apartheidregime nach südafrikanischem Muster einführen. Soweit ist es bisher nicht gekommen, und wenigstens das will man in London verhindern.

Vor zwei Jahren hat Wilson mit Smith an Bord eines britischen Kriegsschiffs verhandelt. Das Ergebnis war gleich Null. Wilson beharrte auf einem in sechs Punkten zusammengefaßten Programm, das, in kurzen Worten ausgedrückt, besagt, daß man einer rhodesischen Selbständigkeit nur zustimmen könne, falls sich das Land auf den Weg einer Regierung der Mehrheit begibt. Smith wollte davon nichts hören. Er will in seiner Lebenszeit und der seiner Kinder die Neger von der Regierung ihres eigenen Landes fernhalten.

Inzwischen hat er einige ultrarechte Elemente aus seiner Regierung ausgeschaltet, so daß man in London annahm, Verhandlungen mit ihm seien jetzt sinnvoller, um so mehr als er selbst wiederholt seine Verhandlungsbereitschaft bekundete. Wieder kam man in

Gibraltar auf einem Kriegsschiff zusammen, und wieder erzielte man kein Ergebnis. Jeder Teil beharrte auf seinen Positionen. Da gab Wilson Smith einen Vermittlungsvorschlag mit auf den Heimweg. Zwar hat Wilson damit die „sechs Punkte“ nicht aufgegeben, sie aber in gefährlicher Weise ausgehöhlt. Smith wurde unter gewissen Voraussetzungen die Anerkennung der Selbständigkeit versprochen. Die Voraussetzungen sind, daß er Neger in seine Regierung aufnimmt und den Negern eine Vertretung von 25 vH im Parlament zugesteht, gegen deren Stimmen keine Verfassungsänderung erfolgen kann.

Smith hat diesen Vorschlag nicht rundweg abgelehnt, sondern mit Gegenvorschlägen reagiert, die im Augenblick, da diese Zeilen geschrieben werden, noch nicht bekanntgegeben wurden. Aber er hat öffentlich gegen zwei Bestimmungen protestiert. Die Neger im Parlament sollten nicht alle gewählt werden, stellt er sich vor, sondern teilweise den Reihen der Stammeshäuptlinge entnommen werden. Die sind aber von der Regierung abhängig und können als Vertreter ihres Volkes nicht anerkannt werden. Dann läuft Smith gegen die Bestimmung Sturm, daß das ganze Arrangement unter die Oberaufsicht des *Privy Council* in London gestellt werden soll. Daß er sich gegen diese Oberaufsicht wehrt, zeigt, das er nicht gewillt ist, getroffene Vereinbarungen einzuhalten. Er will einfach von London die Anerkennung der Unabhängigkeit erpressen, und nachher tun, was ihm gefällt.

In der Labour Party herrscht tiefe Besorgnis über diesen Vermittlungsvorschlag Wilsons. 50 Abgeordnete haben gegen ihn im Unterhaus gestimmt und etwa ebensoviel sich der Stimme enthalten, weil sie darin einen „Ausverkauf“ sehen. Die Sache wird noch dadurch kompliziert, daß die Beratung der Regierungschefs der *Commonwealth-länder* sich für die Formel entschieden hat, Rhodesien könnte keine Selbständigkeit bekommen, solange nicht die Mehrheit des Volkes regiert. Ein bloßes Hinarbeiten auf diesen Zustand wird also nicht akzeptiert. Es wird Wilson kaum gelingen, von der nächsten Beratung des Commonwealth (im Januar 1969) eine Befreiung von dieser Formel zu erlangen. Eher muß man damit rechnen, daß das ohnehin sehr fragile Commonwealth darüber in Stücke geht.

Freilich ist nicht gesagt, daß man sich mit Smith jetzt einigen kann und einigen wird — die Gegensätze sind zu groß. Es wird wohl alles beim alten bleiben mit den nicht genug wirksamen Sanktionen. Das ist ein unbefriedigender Zustand, aber jeder Kapitulation vor weißen Rassisten in Afrika vorzuziehen. Wenn die Verhandlungen mit ihnen jetzt scheitern, heißt das allerdings nicht, daß man in absehbarer Zeit nicht wieder versuchen wird, zu einer Einigung zu gelangen. Wie sie aussehen könnte, um den Weg zu einem Mehrheitsregime zu eröffnen, ohne Ian Smith aus der Regierung zu beseitigen, vermag aber niemand zu sagen.